

Krebsberatung in Wandlitz braucht wieder Hilfe

Krankheit Das Land Brandenburg beteiligt sich nicht an der Regelfinanzierung für die Beratungsstellen – ist nun das Angebot in Gefahr? Von Kai-Uwe Krakau

Der Verein Krebsberatung Berlin-Brandenburg mit Sitz in Wandlitz kämpft erneut um den Erhalt seines Angebotes. „Wir befinden uns gerade im neuen Antragsverfahren für eine anteilige Regelfinanzierung beim GKV-Spitzenverband“, sagt das geschäftsführende Vorstandsmitglied Manuel Teterra. Er kritisiert, dass die über die Bundesländer vorgesehene Beteiligung an der Regelfinanzierung vom Land Brandenburg ignoriert wird. Diverse Anfragen, zuletzt auch bei Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher (Bündnis 90 /Die Grünen), blieben leider unbeantwortet, so Teterra.

Die Gesundheitsministerkonferenz hatte im Herbst 2020 eine Mitfinanzierung der Krebsberatungsstellen durch die Länder als „grundsätzlich sachgerecht“ bezeichnet. Die Ressortchefs forderten den Bund zudem auf, den Vorschlag zur Finanzierung von Krebsberatungsstellen durch gesetzliche Krankenversicherung und gesetzliche Rentenversicherung auch im Sozialgesetzbuch VI zu konkretisieren. Das Förderverfahren müsse so ausgestaltet sein, dass eine praktikable Ausreichung der Mittel für die Krebsberatungsstellen gewährleistet ist. Zahlreiche Bundesländer sind nach Angaben des Vereins bereits in die Finanzierung der Krebsberatungsstellen eingestiegen, was ein solides Haushalten ermöglicht.

Spende von 15.000 Euro

„Jahrelang wurden wir vom Ministerium in Potsdam damit getröstet, dass die Regelfinanzie-

rung zunächst über den Bund geregelt werden müsse“, so Teterra. Dies sei nun endlich umgesetzt worden, trotzdem schweige sich das Gesundheitsministerium in Brandenburg zu einer finanziellen Beteiligung an der Regelfinanzierung weiter aus. „Im Ergebnis müssen wir nach wie vor jedes Jahr aufs Neue um die Aufrechterhaltung unserer Beratungsstandorte kämpfen“, betonte das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Vereins.

Der Beratungsstandort Wandlitz ist unterdessen zunächst gesichert – dank einer Spende über 15.000 Euro der Sparda-Bank Berlin eG. Das Kreditinstitut hatte den Verein bereits mehrfach unterstützt. Mit mehr als 1.200 Beratungskontakten pro Jahr ist der Standort für Menschen, die von Krebs betroffen sind sowie deren Angehörige heute eine zentrale Anlaufstelle in der Region, um schnell, kostenfrei und unkompliziert Unterstützung in emotionalen oder psychosozialen Belangen, die im Zusammenhang mit einer Krebserkrankung stehen, erhalten zu können.

„Unser Krebsengagement ist in der Tat seit 2012 unsere Herzensangelegenheit. Mit der Krankheit Krebs kommen Sorgen, Ängste und Nöte einher – dabei spielt es keine Rolle, ob man mittelbar oder unmittelbar betroffen ist. Wir richten unser soziales Engagement auf dieses Thema, damit Menschen und ihre Angehörigen in dieser schweren Zeit Beistand finden. Die Krebsberatungsstelle Barnim leistet mit hohem persönlichen Engagement der Beteiligten enorm wichtige Arbeit, die wir gern unterstüt-

zen“, erklärte Pressesprecher Dirk Thiele.

Die Fördersummen reichten leider nicht aus, um den Betrieb einer Krebsberatungsstelle sicherzustellen, so Manuel Teterra. Dadurch gerate man jedes Jahr erneut in finanzielle Bedrängnis, die ohne ein Engagement wie das der Sparda-Bank Berlin einfach nicht zu meistern wäre.

Mit der Verankerung der anteiligen Förderung von Krebsberatungsstellen im Sozialgesetzbuch wurde zugleich ein Ziel aus dem 2008 veröffentlichten Nationalen

„**Kriterien für Förderung bringen Beratungsstellen in prekäre Situation.**“

Krebsplan, der den niedrigschwelligen Zugang für Betroffene zu psychoonkologischen Beratungsangeboten vorsieht, umgesetzt. Konkret können aktuell 80 Prozent der Personalkosten einer Beratungsstelle und anteilige Sachkosten über die gesetzlichen und privaten Krankenkassen gefördert werden, sofern die strengen personellen und qualitativen Voraussetzungen, die in den Förderkriterien des GKV-Spitzenverbands definiert werden, erfüllt sind. Die restlichen 20 Prozent sollen zu fünf Prozent von den Beratungsstellen selbst und zu 15 Prozent durch die Länder und Kommunen aufgebracht werden, wobei die Beteiligung der Länder

noch nicht bundesweit verbindlich geregelt wurde.

„So gut die neue gesetzliche Grundlage gemeint ist, bleibt sie doch leider auch unvollendet“, kommentiert Teterra die aktuellen Förderkriterien, die viele Beratungsstellen in eine prekäre Situation brächten. „Uns stehen auf der einen Seite zwar gesicherte Mittel zur Verfügung, auf der anderen Seite sind durch die neuen Anforderungen, die an uns gestellt werden, aber die Ausgaben drastisch gestiegen, wodurch jedes Jahr eine Finanzierungslücke entsteht, die wir aus eigener Kraft nicht meistern können.“ Man versuche deshalb seit Jahren, mit dem Land ins Gespräch zu kommen. „Wir geben nicht auf und freuen uns, als inzwischen größter Träger von ambulanten Krebsberatungsangeboten in Brandenburg, wenn wir die ambulante psychoonkologische Hilfe in Partnerschaft mit dem Gesundheitsministerium in Brandenburg sichern und vielleicht sogar weiter ausbauen können“, so Teterra.“

Die Krebsberatung Berlin-Brandenburg e. V. wurde 2007 als gemeinnütziger Verein gegründet. In den dazugehörigen Krebsberatungsstellen Barnim (am Standort Wandlitz) – mit Außenprechstunde am Klinikum Frankfurt (Oder), Neuenhagen und Eberswalde – sowie Dahme-Spreewald (an den Standorten Lübben und Königs Wusterhausen) können von Krebs betroffene Menschen und ihre Angehörigen psychosoziale Beratung und psychoonkologische Begleitung in Form von Einzel- und Familiengesprächen sowie Gruppenangebote in Anspruch nehmen.